

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/105: 21.04.1946 – 30.06.1946

21.04.1946

Berlin: Am 21. April 1946 kommen die Delegierten des Vereinigungsparteitages im Berliner Admiralspalast zusammen, um die SED zu gründen.

Wilhelm Pieck (1876-1960, ab 1945 KPD-Vorsitzender, von 1946-54 Vorsitzender der SED) und Otto Grotewohl (1894-1964, 1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) reichen sich damals feierlich die Hände.

Grotewohl erklärt während des Vereinigungsparteitages (x073/231): >>... "30 Jahre Bruderkampf finden in diesem Augenblick ihr Ende.

An deinem 70. Geburtstag, Wilhelm Pieck, reichten wir uns die Hände für hunderttausende von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Ich wünschte den Tag herbei, an dem sich unsere Hände nicht mehr zu trennen brauchten. Dieser Tag ist heute da.

Wer heute einen geschichtlichen Blick hat, der sieht heute Millionen von Sozialisten hinter uns stehen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden - die Einheit der deutschen Arbeiterklasse."

Die Antwort von Wilhelm Pieck: "Ja, lieber Otto Grotewohl, wir tragen beide, die wir zu Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei ausersehen sind, die besondere Verantwortung dafür, daß das Vertrauen der werktätigen Massen, das sie in die Sozialistische Einheitspartei setzen, gerechtfertigt wird.

Es ist eine große Aufgabe, ein neues antifaschistisches, demokratisches Deutschland zu schaffen, unserem Volk aus seiner Not herauszuhelfen und Frieden und Demokratie in diesem Deutschland zu sichern.

Wir werden es schaffen. Wir werden unsere Sozialistische Einheitspartei zu der Millionenpartei des deutschen werktätigen Volkes machen, um damit zu schlagen alle inneren Feinde und das große Werk zu vollenden, das wir uns gestellt haben – den Sozialismus."<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014, kehrt am 30.04.1945 als Mitglied der Gruppe "Walter Ulbricht" aus Moskau nach Deutschland zurück), der damals an dem Vereinigungsparteitag im Berliner Admiralspalast teilnimmt, berichtet später (x156/24-25): >>...

Am 21. April, vormittags 10 Uhr, begann im Admirals-Palast zu Berlin der Vereinigungsparteitag. Mehr als tausend Delegierte und Hunderte von Gästen strömten in das Gebäude – der erste gemeinsame Parteitag der Kommunisten und Sozialdemokraten! ...

Den größten Beifall des gesamten Parteitages erntete Grotewohl mit seiner Erklärung: "Ich glaube nicht, daß es vermessen ist, und ich glaube auch nicht, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden es mir etwa übelnehmen werden, wenn ich an dieser Stelle erkläre, daß die heute geschaffene Sozialistische Einheitspartei mindestens in der sowjetischen Besatzungszone durch ihre riesengroße politische Stärke eine so große Sicherheit für unseren Bestand in der sowjetischen Zone darstellt, daß wir auf die Bajonette der Russen nicht mehr angewiesen

sind."

Der tosende, minutenlange Beifall und die begeisterten Zurufe waren ein Ausdruck der Hoffnung, daß mit der Gründung der SED die deutschen Sozialisten bald Herren im eigenen Haus sein würden, um dann auf Grund eigener Tradition einen selbständigen Weg zum Sozialismus zu beschreiten.

Grotewohl betonte besonders die Notwendigkeit der persönlichen Freiheit in der neuen Partei. Die Partei, so sagte er, habe die Aufgabe, "die freie Persönlichkeit zu entwickeln und zu entfalten. ... In keiner deutschen Partei lebt wohl die Achtung vor den Lebensrechten der Menschen heißer und stärker als in der Sozialistischen Einheitspartei".

Dann kam der Höhepunkt: Die Abstimmung über das Programm, das Statut und über den Beschluß zur Schaffung der SED. ...

Die SED war gegründet.

Abends kamen alle Delegierte und viele Funktionäre zu einem "frohen Ausklang" im Friedrichstadt-Palast zusammen. Bis auf den letzten Platz war das dreitausend Menschen fassende Gebäude besetzt, und vor den Eingängen standen noch Hunderte von Genossen. Hoffnungsvoll war dieser für uns ereignisreiche Tag zu Ende gegangen.

Alles schien für die Verwirklichung unserer Wünsche zu sprechen: die paritätische Besetzung der Leitungen, die mahnenden Worte über Kameradschaft und Vertrauen, die Pieck an die Kommunisten gerichtet hatte, die Beteuerungen Grotewohls über die Freiheit der Persönlichkeit in der neuen Partei, die erste Abstimmung, die einen Bruch mit der üblichen Einstimmigkeit gebracht hatte und von niemandem übel vermerkt worden war; die These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, die nur im Programm der SED ihren Niederschlag gefunden hatte; die Andeutungen Grotewohls über das vielleicht nahe Ende der sowjetischen Besetzung

...

An diesem Abend konnte ich nicht ahnen, daß von den Teilnehmern des Vereinigungsparteitages innerhalb weniger Jahre fast die Hälfte aus ihren Funktionen verdrängt, abgesetzt, verleumdet oder einer Säuberung zum Opfer gefallen sein würde. Auch die aktivsten Mitglieder der SED blieben von diesem Schicksal nicht verschont. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "SED" (x009/-388): >>Abkürzung für Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht am 21.04.1946 gegründet durch Zusammenschluß von KPD und SPD in der SBZ. Auf dem Vereinigungsparteitag waren offiziellen Angaben zufolge 47 % der Mitglieder Kommunisten, 53 % Sozialdemokraten.

Die zunächst paritätische Besetzung aller Parteileitungen wurde Anfang 1949 auch formell aufgehoben, alle nicht gleichgeschalteten sozialdemokratischen Funktionäre wurden nach und nach verdrängt. ...

Seit 1948 schnelle Bolschewisierung der Partei unter der Parole: Entwicklung der SED zu einer "Partei neuen Typus" nach dem Vorbild der KPdSU. Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion und der KPdSU werden auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU für die Mitgliedschaft vorausgesetzt.

Ziel der SED ist die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in der "DDR" nach sowjetischem Vorbild und die Übertragung des "DDR-Modells" auf ganz Deutschland (Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands).

Parteiführung und Funktionäre nehmen Einfluß auf alle Lebensbereiche (Familienpolitik, Rechtswesen, Kulturpolitik usw.) und beherrschen sämtliche Massenorganisationen und den gesamten Staats- und Wirtschaftsapparat der SBZ mit der Begründung, die Partei sei der Vortrupp der Arbeiterklasse und vertrete die Interessen aller Werktätigen.

Zu den wichtigsten Herrschaftsmethoden gehören:

1. die Personalunion in den Führungsgremien. Spitzenfunktionäre der SED bekleiden zugleich

wichtige Staatsämter (Staatsrat) und haben Schlüsselpositionen in den Massenorganisationen inne;

2. die Kaderpolitik (sowjetisches Nomenklaturesystem);

3. das enge Zusammenspiel der Apparate (Büros der SED);

4. die Tätigkeit der Betriebsparteiorganisationen.

Die SED-Parteiführung leitet und kontrolliert die westdeutsche KPD, auch nach deren Verbot.

Organisatorischer Aufbau (der SED): Parteitagsdelegierte wählen das Zentralkomitee (ZK), von dem das Politbüro und das Sekretariat gewählt werden. Nachgeordnet sind Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Ortsleitungen; Grundorganisationen: Betriebs- und Wohngruppen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kaderpolitik" in der SBZ (x009/207-208): >>Bezeichnung für Auswahl, Ausbildung und Einsatz von "Kadern". Der Begriff Kader stammt aus der Militärsprache, bedeutet dort Stammpersonal militärischer Formationen.

In den kommunistischen Parteien sind Kader:

a) alle Personen in Partei, Staat, Wirtschaft, Massenorganisationen und Militär, die in wichtigen Positionen zur Erhaltung und Festigung des totalitären Systems beitragen sollen. In diesem Sinne bedeutet Kader soviel wie Elite. In der Bezeichnung der SED als eine Kaderpartei (im Gegensatz zur Massenpartei) wird die Absicht zum Ausdruck gebracht, aus der Partei ein organisatorisch und weltanschaulich hochgezüchtetes Herrschaftsinstrument zu schaffen. Die "Entwicklung von Kadern" ist eine Hauptaufgabe der Schulung.

Die Sicherung einer einheitlichen Kaderpolitik obliegt der Kaderabteilung, die mit besonders zuverlässigen SED-Mitgliedern besetzt sind. Kaderabteilungen bestehen in allen Organisationen, Institutionen und Betrieben.

Die Kaderabteilungen müssen auch bei der Einstellung von Parteilosens und Mitgliedern anderer Parteien die Genehmigung der zuständigen SED-Dienststelle einholen. Die Kaderabteilungen des SED-Apparates haben bestimmenden Einfluß auf die Kaderpolitik aller Organisationen und Institutionen, einschließlich der Blockparteien.

Die Kaderabteilungen sollen alle Beschäftigten hinsichtlich ihrer Einstellung überwachen. Sie führen "Entwicklungskarteien", in die neben dem fachlichen Werdegang die Teilnahme an politischen Schulungen sowie Vermerke über das politische und "moralische" Verhalten eingetragen werden. Regelmäßig sollen mit allen Beschäftigten "Entwicklungsgespräche" geführt werden.

Bei Arbeitsplatzwechsel wird die sog. Kaderakte des Beschäftigten der Kaderabteilung des neuen Arbeitsplatzes übersandt. Schon vor Neueinstellung wird regelmäßig bei der Kaderabteilung des Betriebes bzw. der Dienststelle, bei der der Betreffende bisher beschäftigt war, Nachfrage gehalten. So werden bei Kündigungen aus politischen Gründen unerwünschte Neueinstellungen verhindert.

Der leitende Funktionär einer Kaderabteilung wird Kaderleiter genannt. Er ist verpflichtet, dem Staatssicherheitsdienst jederzeit Einblick in alle Kaderakten zu gewähren und alle gewünschten Auskünfte zu erteilen.

Die große Bedeutung, die der Kaderpolitik zugeschrieben wird, entspricht dem militärischen Organisationsprinzip der Kommunisten: "Die Kader entscheiden alles." (Stalin) ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Funktionäre" in der SBZ (x009/144): >>In der SED, den übrigen Parteien, den Massenorganisationen sowie in den gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen sind Funktionäre die "ideologisch fortgeschrittensten und aktivsten Mitglieder", die "eine fest umrissene, verantwortliche Funktion innehaben".

Dabei wird weder zwischen gewählten und ernannten noch zwischen haupt- und ehrenamtlichen Funktionären unterschieden. Kriterien der Auslese sind die Anerkennung "der führenden

Rolle der SED" und ihrer Ideologie, der Parteidisziplin und der Kritik und Selbstkritik. Alle nachgeordneten Funktionäre sind durch den Demokratischen Zentralismus an die Weisungen der übergeordneten Funktionäre gebunden.

In der SBZ gibt es trotz vielfältiger Ausleseverfahren einen permanenten Mangel an zuverlässigen Funktionären. So hat eine nicht geringe Zahl von Funktionären mehrere Funktionen zugleich inne (Multifunktionär). Alle politisch entscheidenden Funktionen sind mit SED-Funktionären besetzt, die zum großen Teil weitaus höhere Gehälter als andere Berufstätige beziehen. So verdient z.B. ein Instrukteur im ZK der SED zwischen 1.000 und 1.500 Deutsche Mark Ost ... und ein Abteilungsleiter durchschnittlich 3.000 Deutsche Mark Ost. Außerdem haben die Funktionäre eine Reihe von Privilegien. So stehen ihnen u.a. besondere Erholungsheime zur Verfügung, allerdings höheren Funktionären Heime mit besserer Ausstattung und Verpflegung als mittleren und kleinen Funktionären.<<

23.04.1946

Berlin: Die SED-Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtet am 23. April 1946 über die SED-Gründung (x111/160): >>Die unheilvolle Zeit der Spaltung der Arbeiterbewegung ist beendet. Die beiden Arbeiterparteien haben sich auf der Basis gemeinsamer Grundsätze und Ziele eines einheitlichen Status vereinheitlicht. ...

Was heute getan und was heute unterlassen wird, ist für Generationen entscheidend. Einen ganz neuen Weg gilt es zu beschreiten, wenn Deutschland eine Zukunft gewinnen will. ...

Die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung wird die stärkste Garantie der Einheit Deutschlands sein. ...

Das neue Deutschland muß eine unteilbare, freie Republik sein; allen separatistischen Bewegungen sagen wir den schärfsten Kampf an.

Nur der Sozialismus, dessen Lehre von Marx und Engels begründet wurde, kann alle Lebensfragen unseres Volkes endgültig lösen, alle Quellen des gesellschaftlichen Reichtums erschließen und ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit schaffen. Die SED betrachtet sich als die Vollstreckerin dieses höchsten geschichtlichen Erfordernisses. Sie ist die Partei des Sozialismus.<<

29.04.1946

Ostdeutschland: Der Stettiner Stadtkommandant Zaremba fordert am 29. April 1946 von den Sowjets die Übergabe der Insel Usedom (pommersche Insel vor dem Stettiner Haff, 445 qkm) und eine Gebiet entlang des Rendow-Flusses an Polen (x111/161).

April 1946

WBZ: Konrad Adenauer erklärt im April 1946 (x243/218): >>Ich verstehe das Verlangen Frankreichs und der übrigen westlichen Welt nach Sicherheit. Ich bin auch für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. ...

(Eine) konstruktive Lösung erblicke ich allein in der Gründung der Vereinigten Staaten Europas unter Führung von England und Frankreich. (Dazu) muß auch Deutschland gehören. ...

Eine Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Englands und Deutschlands (ist) notwendig.<<

Der deutsche Historiker Hans-Peter Schwarz schreibt später über Adenauers außenpolitische Konzeption (x128/204): >>... Auch für manche Mitglieder des engeren Gründerkreises der CDU überraschend, räumte er prinzipiellen außenpolitischen Erklärungen einen relativ breiten Raum ein.

Realistisch meinte er zwar: "Außenpolitik wird Deutschland für lange Zeit nur in beschränktem Umfang treiben können", beeilte sich aber hinzuzufügen: "Sein Ziel muß sein, zu gegebener Zeit in die Vereinigung der Nationen gleichberechtigt aufgenommen zu werden."

Das deutsche Volk habe trotz der Untaten des Nationalsozialismus einen Anspruch darauf, nicht allein nach dieser Epoche seiner Geschichte beurteilt zu werden.

Nun dasselbe wurde zu dieser Zeit auch von Kurt Schumacher proklamiert. Bemerkenswert aber und für ... 1946 nicht alltäglich war es, wenn Adenauer die Hoffnung formulierte, "daß in nicht ferner Zukunft die Vereinigten Staaten von Europa, zu denen Deutschland gehören würde, geschaffen werden und daß dann Europa, dieser von Kriegen durchtobte Erdteil, die Segnungen eines dauernden Friedens genießen wird." ...

Bei den meisten größeren Reden während der folgenden Monate stellte Adenauer seinen Gedanken einer "organischen Lösung" des deutschen Problems durch Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen in den Mittelpunkt seiner außenpolitischen Ausführungen. ...

Die Europaidee begegnet während der Jahre bis zur Schaffung der Bundesrepublik in allen seinen Überlegungen stets als Zauberformel zur Entwirrung schwieriger Probleme. Sie sollte gleicherweise gegenüber den französischen Forderungen nach Internationalisierung des Ruhrgebietes wie gegenüber belgischen und holländischen Gebietsansprüchen helfen, sollte die Saarfrage lösen und die Einschnürung Deutschlands durch auferlegte Kontrollen überflüssig machen.

Energische Verwahrungen gegen Ansprüche der Siegermächte folgten mit steter Regelmäßigkeit der Hinweis auf kooperative Möglichkeiten im Rahmen der Vereinten Staaten von Europa.<<

Jugoslawien: Im April 1946 sind von den 17.999 deutschen Häftlingen des Internierungslagers Rudolfsgrad etwa 46 % Jungen und Mädchen im Alter bis 14 Jahre (x006/505).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Internierungslager und Zwangsarbeit der Jugoslawien-Deutschen (x006/112E-116E):

>>... Da die Internierungslager der Jugoslawiendeutschen keineswegs eigens zu diesem Zweck errichtete und umzäunte Gebäudekomplexe waren, boten sich aller scharfen und auch oft rücksichtslos durchgreifenden Bewachung zum Trotz immer wieder Gelegenheiten zur Flucht. Diese wurden anfangs nur von beherzten Einzelnen ausgenutzt.

Seit der ersten, wenn auch sehr begrenzten Auflockerung der Verhältnisse in manchen Lagern der Batschka und des Banats im Frühjahr 1946 kam es auch häufiger vor, daß ganzen Gruppen die Flucht über die ungarische oder rumänische Grenze gelang.

Wem es glückte, in eines dieser Länder zu entkommen, konnte sich auf die zahlreichen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Verbindungen verlassen, die das jugoslawische Deutschtum trotz der Grenzziehung von 1918 immer noch mit der deutschen Bevölkerung des rumänischen Banats und der ungarischen Batschka und Schwäbischen Türkei besaß, jedoch war auch das Mitleid und die Hilfsbereitschaft der andersnationalen Bevölkerung in ungezählten Fällen so stark, daß den Flüchtlingen, gleich wo sie um Unterstützung baten, fast ausnahmslos weitergeholfen wurde.

Zu Beginn des Jahres 1947 besserten sich die Verhältnisse in den Internierungslagern erneut etwas. Regelmäßiger Post- und Paketempfang wurde gestattet, amerikanische Lebensmittelspenden konnten verteilt werden, DDT-Pulver wurde bereits seit dem Frühjahr 1946 mit spürbarem Erfolg gegen das Ungeziefer der verwahrlosten Lagerräume verwendet.

Die Ablösung der aus Partisanen bestehenden Wachmannschaften durch Miliz oder reguläres Militär trug auch zur Einschränkung der größten Willkür bei, zumal da die physische Mißhandlung der Internierten zu dieser Zeit offiziell verboten wurde, eine Anordnung, die mancherorts auch den Lagerinsassen mitgeteilt wurde.

Dennoch blieb der Entscheidungsfreiheit und dem persönlichen Wohl- oder Übelwollen der Lagerleiter und Wachmannschaften noch immer ein weiter Spielraum; die systematische Quälerei von Deutschen war auch zu dieser Zeit keineswegs ausgeschlossen.

Seit der Besetzung des Landes durch Russen und Partisanen im Oktober 1944 ließ sich jedoch eine deutliche Besserung feststellen, zu der auch die Familienzusammenführung innerhalb des Systems der Internierungslager erheblich beitrug. Allmählich wirkten sich auch die Anstren-

gungen des amerikanischen Hilfskomitees von P. Wagner, des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Stuttgart und der päpstlichen Aktion zugunsten der Donauschwaben aus.

Zwei Jahre nach dem Kriege begannen die Wiederherstellungs- und Aufräumungsarbeiten an Straßen und Eisenbahnen, zu denen man die internierten Volksdeutschen herangezogen hatte, auszulaufen. Die Neusiedler hatten die Besitzungen der Donauschwaben übernommen, auf Kolchosen und Staatsgütern wurde der Stamm der Landarbeiter aus den verschiedenen Völkerschaften Jugoslawiens gewonnen. Tausende von Deutschen waren über die Landesgrenze abgeschoben worden und geflohen, Zehntausende durch Mißhandlungen, Lagerentbehrungen und Exekutionen umgekommen.

Den jugoslawischen Behörden und Lagerverwaltungen mußte sich die Frage aufdrängen, was man mit den Überlebenden, die auf mehr als 100.000 Volksdeutsche geschätzt werden müssen, tun sollte.

Da man sich zu dieser Zeit offensichtlich noch nicht dazu entschließen konnte, das System der Diskriminierungen der Deutschen abzubauen, wurde seit den ersten Monaten des Jahres 1947 stillschweigend die Flucht aus den Lagern gefördert. Wie bisher flohen Einzelne und Gruppen "schwarz" über die Grenze, vornehmlich nach Ungarn.

Daneben aber bildete sich nun ein System offiziös (halbamtlich) geduldeten Gruppenflucht aus, die von den eingeschüchterten und durch den jahrelangen Lageraufenthalt geschwächten Volksdeutschen bevorzugt wurde. Führer boten sich gegen hohes Entgelt dazu an, Gruppen von 10 bis 100 Volksdeutschen durch das Grenzgebiet mit seinen schwer zu kontrollierenden Wäldchen und Kukuruzfeldern auf ungarischen Boden zu führen. Manchmal steckten diese Führer mit der Lagerleitung und den Wachmannschaften oder auch den Grenzpolizisten unter einer Decke und beteiligten, diese an dem Gewinn des Menschenschmuggels.

Aus dem großen Sammellager Gakovo in der nördlichen Batschka ebenso wie aus dem benachbarten Lager Krusevlje war wegen der Nähe zur ungarischen Grenze der Weg zur Flucht besonders verlockend. In Gakovo kam es bereits im Dezember 1946 schon einmal zu einer Massenflucht, und in den letzten März- und ersten Aprilwochen des folgenden Jahres soll die Zahl der Geflohenen auf ca. 3.000 gestiegen sein. Ziffern von bisweilen 100 Flüchtlingen in einer Nacht werden aus verschiedenen Lagern berichtet. Eine Fluchtbewegung von solchem Ausmaß wäre ohne Wissen und Willen der Lagerleitungen undenkbar gewesen, deren mindestens passive Mitwirkung von einer indirekten Form des Abschubs sprechen läßt.

Zahlreiche Berichte gewähren ein vollständiges Bild von diesen Vorgängen. Wer sich zur Flucht in einer Gruppe entschlossen hatte, nahm Kontakt mit einem der Führer auf und mußte den geforderten Kopfpfeil in Bargeld entrichten. Häufig kostete dies die Internierten ihr gesamtes bisher verstecktes oder während der Zwangsarbeit von Freunden zugestecktes und erbetteltes Geld oder ihre letzten verborgenen Wertgegenstände, so daß sie anschließend völlig mittellos auf die Hilfe anderer in Ungarn angewiesen waren.

Wer von jugoslawischen Posten auf der Flucht gestellt oder von ungarischen Grenzposten zurückgewiesen wurde, hatte zu dieser Zeit nur noch mit einigen Tagen Freiheitsentzug, kaum aber mehr wie bisher mit Mißhandlung oder Erschießung zu rechnen. Jede günstige Situation ausnutzend, versuchten es auch diese beim ersten Fluchtversuch gefaßten Volksdeutschen bald wieder, dem Lager zu entinnen.

Schätzungen beziffern die Zahl der Flüchtlinge bis zu einem erneuten Umschwung in der Behandlung der Lagerinsassen gegen Ende des Jahres 1947 auf etwa 30-40.000.

Jenseits der Grenze sahen sich die Flüchtlinge, waren sie auf eigene Faust oder von einem Führer geleitet entkommen, sich selber überlassen. Manche blieben, z.T. noch jahrelang, in Ungarn; die meisten schlugen sich in wochenlangen Fußmärschen bis zur österreichischen Grenze durch oder benutzten, nachdem sie von Verwandten und Bekannten Geld erhalten hatten oder dies auch oft genug hatten erbetteln müssen, die Eisenbahn bis zu einer Grenzstation.

Hier angelangt passierten sie erneut "schwarz" oder mit Führern die Grenze und fanden schließlich in Österreich oder Deutschland ein Unterkommen, nicht ohne daß sie oft noch vielfältige Schwierigkeiten in den Durchgangslagern zu bestehen hatten. ...

Seit dem Ende des Jahres 1947 begann eine neue Phase in der Behandlung der internierten Volksdeutschen. Die bis zum Dezember 1947 geduldete Fluchtbewegung aus den Lagern wurde unterbunden, die Grenze wieder scharf bewacht. Viele jüngere arbeitsfähige Volksdeutsche wurden seither zur Arbeit in den Bergwerken verpflichtet, wo man sie anstelle der deutschen Kriegsgefangenen, deren Zahl sich durch Entlassungen stark vermindert hatte, unter Tage einsetzte. Gleichzeitig wurden die Lager in der Woiwodina bis Ende März 1948 in mehreren Stufen aufgelöst.

Zuerst wurden die noch Arbeitsfähigen gesondert erfaßt, den Staatsgütern und staatlichen Industriebetrieben zugewiesen und von diesen in der Regel für zunächst drei Jahre in ein sogenanntes vertragliches Arbeitsverhältnis übernommen, das aber noch keineswegs volle Freiheit brachte. Ausgangsbeschränkungen, Meldepflicht und Polizeikontrollen gehörten zum Alltag der Entlassenen. Auf den Staatsgütern brachte man die Volksdeutschen in provisorisch errichteten Baracken, in Scheunen oder sogar in Ställen unter. Die Verpflegung war spürbar besser als in den Lagern.

Dafür wurde allerdings auch von der Entlohnung in Bargeld ein hohes Kostgeld abgezogen. Allmählich erhielten dann auch diese in der Landwirtschaft eingesetzten Deutschen Lebensmittel- und Textilkarten. Das durchweg freundliche Verhalten der andersnationalen Bevölkerung und die sich schrittweise verbessernden Lebensbedingungen erlaubten ihnen, sich ihr Leben erträglicher zu machen und die Vorteile der neuen Arbeitsverfassung auszunutzen.

Schwierigeren Aufgaben sahen sich die Volksdeutschen gegenüber, die Industriebetrieben oder Bergwerken - z.B. dem Kupferbergwerk Bor oder den Kohlengruben in Serbien - zur Verfügung gestellt worden waren. Wohnräume waren in den Städten ungleich schwerer zu finden als auf dem Lande. Oft mußten die Volksdeutschen bei entfernten Verwandten oder Bekannten monatelang unterschlüpfen, ehe sie ein Zimmer fanden.

Die Arbeitsbedingungen, vor allem die nach sowjetrussischem Vorbild ausgebildeten Normen und das Stoßarbeitersystem, verlangten äußerste Anstrengung. Unter primitiven Lebensbedingungen suchten sich diese deutschen Arbeiter, z.T. mit ihren Angehörigen, durchzuschlagen und zu einer eigenen kleinen Wohnung zu kommen; die Frauen bemühten sich, als Köchinnen in Betriebskantinen oder Gasthäusern angestellt zu werden oder sonstwie eine Arbeitsstelle zu finden, um Lebensmittelkarten für Arbeitende zu erhalten. Selbst dann noch waren sie darauf angewiesen, durch den blühenden Schwarzhandel die offizielle Zuteilung nach Karten zu ergänzen.

Während die Transporte der Arbeitsfähigen die Lager verließen, wurden auch die Arbeitsunfähigen gesammelt und nach Rudolfsgnad überführt. Dort strömten bis zur Auflösung des Lagers im März 1948 noch einmal Tausende von neuen Insassen zusammen: zumeist arbeitsunfähige Deutsche aus kleineren Ortslagern. Die Belegschaft von Rudolfsgnad wurde dann wieder aufgeteilt.

Die als arbeitsfähig Erklärten wurden zu neuer Tätigkeit auf Staatsgütern und in Fabriken verpflichtet, die Alten und Arbeitsunfähigen in das Lager Karlsdorf transportiert, das sich seit dem April 1948 zu einem großen Alters- und Krankenhaus für Volksdeutsche entwickelte. Die zahlreichen elternlosen Kinder verbrachte man in staatliche Kinderheime. Außer in Karlsdorf wurde im Oktober 1948 noch in St. Georgen im Banat ein zweites Altersheim für Volksdeutsche eingerichtet. Die pflegebedürftigen Alten und Kranken wurden dort im allgemeinen recht human behandelt und genossen ausreichende ärztliche Fürsorge.

Nach der Entlassung aus den Internierungslagern erhielten viele Volksdeutsche in der Woiwodina die Aufforderung, ihre Staatsbürgerschaft bei den jugoslawischen Behörden registrie-

ren zu lassen. Bisweilen wurde sogar die Entlassung von einer solchen Eingabe abhängig gemacht.

In manchen Fällen aber übergang man stillschweigend die Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetzes und behandelte die entlassenen Volksdeutschen ohne weitere Formalitäten als jugoslawische Staatsbürger. Für die jungen Männer bedeutete das auch, daß sie von ihren Arbeitsstellen weg zum jugoslawischen Wehrdienst einberufen wurden und zum Teil ihre Dienstzeit voll ableisten mußten. ...<<

Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die Internierungslager und Zwangsarbeit in Jugoslawien (x010/51-52): >>... Besonders hohe Todesquoten sind für die Konzentrationslager, die sog. Vernichtungs- oder "Endlager", überliefert, in die alte Menschen, Kranke und Kinder verbracht worden waren.

Das größte Lager dieser Art Knicanin (Rudolfsgnad) passierten ca. 33.000 Menschen, von denen nach geretteten Aufzeichnungen eines Lagerarztes 9.503 verstorben sind, davon 8.012 Erwachsene und 1.491 Kinder unter 14 Jahren. Als weitere Beispiele seien genannt: Gakovo mit 18.000 Insassen, davon ca. 8.800 Todesfälle, Backi Jarek mit 18.000 Insassen und 6.400 Todesfällen, Krusevlje mit 10.000 Insassen, davon rd. 3.000 Todesfälle. ...

Für 49 der größten Lager, unter denen die sog. Vernichtungslager mit den höchsten Sterberaten mit einbegriffen sind, ergibt sich aus dem vorhandenen Material eine Gesamtzahl von 67.000 Toten. Ca. 8.000 Personen bzw. 12 % dürften gewaltsam getötet worden sein, während alle übrigen Opfer der unmenschlichen Verhältnisse in den Lagern, vor allem von Hunger, Seuchen und Mißhandlungen geworden sind. ...

Es wird ferner von Tausenden von Kriegsgefangenen in Jugoslawien berichtet, die von Partisanen erschossen wurden. Auch unter ihnen befanden sich Angehörige der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien. ...<<

Frankreich: Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichten im April 1946 über die Arbeit der deutschen Kriegsgefangenen in französischen Bergwerken (x130/181): >>Die Suche nach Werkzeugen ist häufig langwierig. Sie dient den Aufsehern als Vorwand, die Gefangenen des Spazierengehens zu beschuldigen und sie zu schlagen. ... Manchmal sind die Gefangenen für mehrere Tage arbeitsunfähig, gewöhnlich leiden die schwächeren Gefangenen am meisten. ...

Häufig sind kranke Gefangene gezwungen, eine Doppelschicht zu machen, wenn sie das Pech haben, auf einen Aufseher zu stoßen, der ihre Krankheit als Ausdruck von Arbeitsunwillen auffaßt. Einige Gefangene wurden gezwungen, 19 Stunden ununterbrochen zu arbeiten, ohne Nahrungsaufnahme und ohne Ruhepausen. ...<<

01.05.1946

WBZ: Feldmarschall Montgomery berichtet am 1. Mai 1946 in einer Denkschrift für den britischen Premierminister (x114/1.152): >>Morgen verlasse ich Deutschland. ... Ich bin nicht zufrieden. Ich glaube, das Gesamtbild ist eher trüb, wenn nicht sogar schwarz. Wir müssen jetzt die Entscheidung darüber treffen, ob wir die Deutschen ernähren wollen oder sie verhungern lassen sollen. Grundsätzlich dürfen wir das letztere nicht tun. Wenn wir so dächten, dann hätten alle unsere übrigen Anstrengungen keinen Sinn mehr.

Wir müssen mit dem Wiederaufbau beginnen. Und vor allen Dingen müssen wir dem deutschen Volk erklären, was mit ihm und seinem Land geschehen soll. Wenn wir das nicht tun, dann gehen wir möglicherweise einem Scheitern entgegen. Es wird dadurch gekennzeichnet sein, daß eine feindliche Haltung in der Bevölkerung heranwächst, die sich dann vielleicht nach Osten wendet. Solch ein Deutschland wäre eine Bedrohung für die Sicherheit des britischen Empire. Andererseits könnte ein zufriedenes Deutschland mit einer gesunden politischen Basis ein großer Vorteil für die Sicherheit des Empire und für den Frieden der Welt darstellen. ...<<

02.05.1946

WBZ: Feldmarschall Montgomery fordert am 2. Mai 1946, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln (x114/1.143): >>Wir müssen uns entscheiden, was es heißt, ein neues Deutschland aufzubauen. Seine Ostgrenze wurde in Potsdam vereinbart. Die Festlegung seiner Westgrenze steht jedoch noch aus; dieses Problem läßt sich kurz mit dem Namen Saar-, Ruhrgebiet und Rheinland umreißen. Wir müssen aber dem deutschen Volk endlich sagen, was zu seinem Lande gehören soll und was nicht.

Den Menschen, die in diesem Deutschland wohnen, müssen wir einen erträglichen Lebensstandard geben und die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft. Ein solcher Lebensstandard läßt sich auch mit der vereinbarten Industrieleistung vereinbaren, aber nur unter bestimmten Bedingungen.

Die wichtigste ist, daß Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandelt wird. Das geschieht zur Zeit nicht, einmal weil die Franzosen dagegen sind und zweitens wegen der Haltung der Russen. Ich bin nicht sicher, ob die Russen überhaupt jemals Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandeln werden, so wie wir das verstehen. Ja, ich bin sogar überzeugt, daß sie es nicht tun werden, es sei denn, wir setzen sie zusammen mit den anderen Alliierten unter Druck. Das ganze Land liegt so im argen, daß es nur in Ordnung kommen kann, wenn wir die Deutschen selbst darauf ansetzen.<<

04.05.1946

WBZ: Die "Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlinge e.V." wird am 4. Mai 1946 durch die britische Militärregierung aufgelöst (x024/213).

Polen: Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 4. Mai 1946 eine Verordnung über die Organisation, den Dienst, die Schulung sowie die Disziplinarvorschriften der Bürgerwehr (x003/198): >>... § 1. Die Bürgerwehr untersteht unmittelbar dem örtlich zuständigen Kommandanten der Bürgermiliz.

§ 2. Kommandant der Bürgerwehr ist der örtlich zuständige Gemeindevorsteher ...

§ 3. Die Bürgerwehr übt ihren Dienst auf Grund von Instruktionen und Anordnungen der Organe der Bürgermiliz aus.

§ 4. Die Mitglieder der Bürgerwehr tragen im Dienst auf dem linken Arm eine weiß-rote Binde. ...

§ 5. Die Bürgermiliz verteilt an die Mitglieder der Bürgerwehr Waffen.

§ 6. Die Waffen und die in § 4 genannten Armbinden sind nach dem Dienst bei den Gemeindepunkten der Bürgermiliz abzugeben; in Dörfern, in welchen die Miliz keine Posten unterhält, sind die Waffen beim Schulzen oder beim Ortsvorsteher abzugeben.

§ 7. Der Schulze oder Ortsvorsteher ist verantwortlich für die bei ihm abgegebenen Waffen sowie für ihre Instandhaltung. ...<<

05.05.1946

WBZ: Die bayerische Heimat- und Königspartei fordert am 4. Mai 1946 die Wiederherstellung der Monarchie.

Diese Partei wird 3 Tage später durch die US-Militärregierung verboten.

06.05.1946

Schweiz: Die Zeitung "NEUE ZÜRICHER NACHRICHTEN" veröffentlicht am 6. Mai 1946 den gemeinsamen deutschen Hirtenbrief vom 27.3.46.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 berichtet später über diesen verbotenen Deutsche Hirtenbrief vom 27.3.46 (x853/...): >>... Die NZZ läßt dem Text folgende Bemerkung vorausgehen: "Wir veröffentlichen den letzten Hirtenbrief der westdeutschen Bischöfe, welcher zu den jüngsten Schwierigkeiten Anlaß gegeben hat. Wie vom Korrespondenten des amerikanischen katholischen N.C.W.C., ... Herrn Dr. M. Jordan, mitgeteilt wird, ist der Hirtenbrief in der englischen Zone verlesen, in der amerikanischen und französischen

auf Grund gütlicher Vereinbarung mit den betreffenden Bischöfen zurückgezogen worden." Geliebte Diözesanen!

... Das Nationalsozialistische Reich hat zum sittlichen Niedergang des Volkes vielleicht am meisten dadurch beigetragen, daß es das Rechtsempfinden systematisch niedergetreten hat. Es hat alles Recht einseitig aus dem Nutzen des eigenen Volkes und aus dem Willen eines Menschen abgeleitet und kein objektives, letztlich in Gott begründetes Recht anerkannt.

So hat es eine Willkürherrschaft geschaffen, die jedes Recht der Einzelpersonen, der Familie, der Völker untereinander mit Füßen trat. Der Mensch aber, der sich rechtlos weiß, der durch Terror, Bespitzelung, polizeiliche Allgewalt in beständiger Unsicherheit und Angst gehalten wird, verliert den inneren Halt. Er verfällt leicht der Unaufrichtigkeit und Heuchelei und gerät in Gefahr, selber mit List und Gewalt seine Vorteile durchzusetzen, sobald er dazu in der Lage ist.

Wir hatten gehofft, daß nach dem Sturz des Nationalsozialismus einerseits eine strenge Bestrafung derjenigen erfolgen werde, die an den Verbrechen schuldig sind, die sowohl am eigenen Volk wie gegenüber den Angehörigen fremder Völker und Rassen in entsetzlichem Ausmaß geschehen sind. Andererseits hofften wir, daß die neuen Machthaber alles daran setzen würden, um das Rechtsbewußtsein im deutschen Volke und die Rechte der Einzelperson wieder neu zu begründen und so einer inneren Gesundung des deutschen Volkes vorzuarbeiten.

Bei aller Anerkennung der Bemühungen um die Einführung demokratischer Verwaltungsformen und um die Wiederbelebung des Erziehungswesens müssen wir doch gestehen, daß wir aufs tiefste enttäuscht sind durch das Weiterbestehen einer großen Rechtsunsicherheit.

Vor einigen Wochen schon sahen wir uns veranlaßt, Stellung zu nehmen zu den himmelschreienden Vorgängen im Osten Deutschlands, vor allem in Schlesien und im Sudetenland, wo mehr als 10 Millionen Deutsche aus der angestammten Heimat in brutaler Weise vertrieben werden, ohne daß untersucht wird, ob eine persönliche Schuld vorliegt. Keine Feder kann das namenlose Elend schildern, das dort unter Mißachtung jeglicher Menschlichkeit und Gerechtigkeit sich vollzieht. All diese Menschen werden ohne jede Habe, ohne die Möglichkeit einer Existenzgründung im Restdeutschland zusammengepfercht.

Es ist nicht abzusehen, wie diese aus der Heimat vertriebenen Massen nicht zu friedlosen und friedensstörenden Elementen werden sollten. Das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes erleidet ferner schwere Einbußen dadurch, daß heute fast ein Jahr nach Einstellung der Feindseligkeiten, noch Millionen deutscher Kriegsgefangener auf unbestimmte Zeit vielfach unter erbärmlichen Umständen festgehalten und der Freiheit beraubt sind.

Hunderttausende, wenn nicht Millionen, werden wie Sklaven zu schwerer Zwangsarbeit herangezogen, obwohl das einzige, was man ihnen vorwerfen kann, die Tatsache ist, daß sie Soldat waren. Viele von diesen Ärmsten sind noch immer ohne Nachricht von daheim und haben ihren Lieben auch noch kein Lebenszeichen geben dürfen. Das bittere Gefühl des Unrechts - viele haben ihre Gesundheit, ja das Leben eingebüßt - muß sich bei ihnen und bei ihren Angehörigen unheilbar festsetzen.

Wie ein Alpdruck lastet auf dem deutschen Volke die oft verfehlt Art, wie seine Besieger die Stellen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft von Anhängern des alten Regimes zu säubern suchen. Wir wissen, wie schwer es namentlich für Außenstehende ist, wirkliche Nazisten von bloßen Mitläufern zu unterscheiden; wir wissen, wie geradezu widerlich und würdelos das Treiben nicht weniger Deutscher ist, die ihre eigenen Landsleute anschwärzen und zu entfernen suchen.

Wir sehen uns aber auch genötigt, zu erklären, daß fristlose und versorgungslose Entlassung Tausender von Beamten und Wirtschaftlern, die Verhaftung weiterer Tausender ohne richterlichen Spruch, ihre Freiheitsberaubung ohne Möglichkeit der eigenen Verteidigung, ohne Möglichkeit, mit den nächsten Angehörigen in Verbindung zu treten, das Rechtsbewußtsein

des Volkes empfindlich treffen.

Soll eine innere Gesundung des Volkes angebahnt werden, so muß alles, was an Gestapo, Konzentrationslager und ähnliche Dinge erinnert, aus dem öffentlichen Leben verbannt werden. Sonst greift eine innere Vergiftung Platz, die einen moralischen und religiösen Aufstieg aufs äußerste erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Der heilige Vater hat in seiner bedeutungsvollen Ansprache vom 20. Februar 1946 erklärt, es sei ein Irrtum zu behaupten, daß man einen Menschen schon deshalb als schuldig oder verantwortlich behandeln könne, weil er einer bestimmten Gemeinschaft angehöre, ohne daß man sich die Mühe gebe, im einzelnen Falle zu untersuchen, ob der Betreffende durch sein Handeln oder Unterlassen sich persönlich schuldig gemacht habe. Das bedeutet ein Eingreifen in die Rechte Gottes, der allein in seiner stets liebevollen Weisheit die Geschicke der Schuldigen und der Unschuldigen miteinander verketteten könne.

Mit diesen Worten hat der heilige Vater klar und eindeutig die Theorie von der Kollektivschuld eines ganzen Volkes abgelehnt und das Handeln danach als einen Eingriff in die Rechte Gottes bezeichnet. Er hat es damit aber auch abgelehnt, daß man die Angehörigen irgendwelcher Gemeinschaften einfach ... als Verbrecher behandeln dürfe, ohne im einzelnen Fall eine Schuld nachgewiesen zu haben.

Eine weitere Maßnahme darf nicht stillschweigend übergangen werden, die gegen Gesetz und Recht verstößt und geeignet ist, die christliche Eigentumsordnung zu gefährden. In den östlichen Teilen von Restdeutschland wird unter dem Schlagwort "Bodenreform" eine Enteignung des Grundbesitzes in radikaler Weise vorgenommen.

Wir Bischöfe sind der Überzeugung, daß die ungleiche Verteilung des Besitztums, besonders an Grund und Boden, eine der tiefsten Quellen sozialer Mißstände ist. Wir halten es für eine vordringliche Aufgabe der Staatsgewalt, für eine angemessene Verteilung der Erdengüter gerade jetzt zu sorgen, wo der Boden so verknappt ist und Millionen Deutscher bettelarm geworden sind. Wir sehen es als ein ernsthaft zu erstrebendes Ziel an, daß möglichst vielen deutschen Familien ein Stück deutschen Bodens zur Verfügung gestellt wird. Die Kirche ist bereit, auch mit den Ländereien, die ihr gehören, zu diesem Ziele mitzuwirken.

Was aber jetzt im deutschen Osten geschieht, hat mit echter Bodenreform kaum etwas zu tun. Eine Bodenreform muß wohlüberlegt und von Fachleuten gründlich vorbereitet sein, soll nicht ein starker Rückgang der Erzeugung eintreten, der gerade in diesem Augenblick katastrophal wirken muß. Sie muß vor allem das Land erfassen, das bereits der öffentlichen Hand gehört und bisher militärischen und nicht notwendigen verkehrstechnischen Zwecken diente.

Soll das Privateigentum angegriffen werden, so darf unter keinen Umständen eine gänzliche und entschädigungslose Enteignung stattfinden, es sei denn, daß eine Wiedergutmachung schwerer Schuld in Frage käme.

Den bisherigen Eigentümern muß ein angemessener Besitz gewahrt bleiben, der ihnen und ihren Kindern die Fortführung eines landwirtschaftlichen Betriebes sichert.

Es ist den Enteigneten gegenüber eine Entschädigung vorzusehen, die nach Maßgabe aller Umstände des Falles und der allgemeinen Lage als angemessen bezeichnet werden muß. Nur unter Einhaltung dieser Regeln kann eine Bodenreform als gerecht angesehen werden. Nur dann kann man eine neue Verwurzelung der Menschen in heimatlicher Erde und deren heilsame Früchte erhoffen.

"Opus justitiae pax", "Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit", so lautet der Wahlspruch unseres heiligen Vaters. Nach Frieden sehnt sich die ganze Welt. Wie ein Aufschrei geht es vom Osten zum Westen, vom Norden zum Süden: "Dona nobis pacem"! Schenke uns den Frieden. Der wahre, dauerhafte, ganze Friede wird uns nur dann von Gott (gegeben), wenn wir Menschen wieder Recht und Gerechtigkeit als Grundlage aller Gemeinschaft anerkennen.

Möchten Sieger und Besiegte dessen eingedenk sein! Möge ein jeder in seinem Bereich vor

jeglichem Rechtsbruch sich hüten und seinen Teil dazu beitragen, daß vor allem die junge Generation von dem verderblichen Irrtum befreit wird, daß Gewalt vor Recht geht!

Möge sie neue Ehrfurcht gewinnen vor der Majestät des in Gott gründenden Rechtes, auch wenn es auf seiten des Schwächeren liegt!

Erst wenn diese Ehrfurcht wieder einzieht, können bessere, wahrhaft friedvollere Zeiten kommen.

Werl, den 27. März 1946

Die Bischöfe der Kölner und Paderborner Kirchenprovinz.<<

13.05.1946

WBZ: Der Prozeß gegen das Bewachungspersonal des KZ Mauthausen wird am 13. Mai 1946 beendet. 58 Angeklagte werden zum Tod verurteilt. 3 Angeklagte erhalten lebenslängliche Zuchthausstrafen (x111/168).

15.05.1946

Frankreich: Außenminister Bidault fordert am 15. Mai 1946 während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...

Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden. Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.

Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<

USA: US-Senator Shipstead kritisiert am 15. Mai 1946 die nordamerikanische Besatzungspolitik. In einer Rede vor dem US-Senat bezeichnet er den Morgenthau-Plan als "Amerikas ewiges Schanddenkmal ... für die Vernichtung der deutschsprachigen Menschen" (x028/152).

18.05.1946

WBZ: In der britischen Zone werden am 18. Mai 1946 alle Vereinigungen der Vertriebenen verboten.

Die US-Militärregierung verbietet später ebenfalls sämtliche Vertriebenenverbände.

Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) schreibt später in seinem Buch "Die Entmachtung der Vertriebenen" über das Verbot aller Vereinigungen der deutschen Vertriebenen (x024/213-214): >>Eine Volksgruppe wurde unter Ausnahmerecht gestellt.

Diese Rechtslosstellung fand weder im deutschen noch im Besatzungsrecht eine Grundlage. Sie war um so verwerflicher, als sie sich gegen Millionen von Menschen richtete, die unverschuldet in eine einzigartige Notlage geraten waren und den Zusammenschluß zu gegenseitiger Hilfe noch nötiger hatten als alle anderen Volksteile.

Die selben Leute, die sich rühmten, das deutsche Volk zur Demokratie erziehen zu wollen, mißachteten eines der Grundprinzipien jeder wahren Demokratie.

Mehr noch als das Verhalten dieser Generäle interessiert die Rolle, welche die deutschen Parteien und ihre Prominenz bei diesem traurigem Geschehen gespielt haben. ...

Ich bin der Auffassung, daß die Auswirkungen dieses Verbots nicht hoch genug gewertet werden können. Die Vertriebenenbewegung und Vertriebenenpolitik wären in ganz anderen Bahnen verlaufen, wenn sie nicht gewaltsam gestoppt worden wären. Es wäre im Jahre 1946 fraglos gelungen, was später nicht mehr möglich war. Diese Jahre von 1946 bis 1948 ließen sich nicht mehr nachholen.

Der Elan des ersten Schocks wurde uns genommen und dafür landsmannschaftliche und parteipolitische Zersplitterung beschert. Es blieb uns ja nicht anderes übrig, als in die Parteien zu gehen, es gab keinen anderen Weg, wenn wir irgendwie an unsere Schicksalsgefährten herankommen wollten.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Unterdrückung der Vertriebenen durch die Besatzungsmächte im Westen (x024/204-205): >>... Im Vordergrund stand dabei die begründete Besorgnis, daß sich die Vertriebenen zu einem militanten Potential von Unzufriedenen im Westen entwickeln könnten, das eine Revision der Vertreibung fordern würde. ...

Den Vertriebenen traute man jedenfalls nicht über den Weg. Das beantwortet auch die Frage, warum ihnen die Alliierten untersagten, sich in Organisationen zusammenzuschließen und warum über das Geschehene der Vertreibung in den USA und in Großbritannien offiziell fast nichts berichtet wurde.

Ein weiterer Beweis für die internationale Ächtung der deutschen Vertriebenen war deren Ausschluß aus der internationalen Flüchtlingsfürsorge durch die Vereinten Nationen, was ausdrücklich in der Charta der UNO-Flüchtlingsorganisation herausgestellt wurde. ...<<

Großbritannien: Die britische Wochenzeitung "The New Stateman and Nation" berichtet am 18. Mai 1946 (x124/191-192): >>... Die Deutschen in unserer Zone befinden sich in einer bedauernswerten Unwissenheit über unsere Absichten, unsere Schwierigkeiten und über die Welt, in der auch sie wieder eine Rolle spielen sollen.

Die Nachrichtenversorgung in der britischen Zone ist kläglich unzureichend und kontrastiert scharf mit der Flut russischer Propagandaschriften oder dem modernen Zeitungsdienst der Amerikaner, die keine Dollarsorgen kennen und es mit dem Nachschub so viel leichter haben. Auch fürchten wir Briten eine deutsche Aktivität auf breitester Grundlage. Mit größtem Widerstreben haben wir Gewerkschaften zugelassen, obwohl diese die einzige wirklich anti-nationalistische Großorganisation waren.

Viele Parteigenossen sitzen im Ruhrgebiet noch auf wichtigen Posten, angeblich weil sie unersetzbar sind. So kommt es vor, daß aus dem KZ Zurückgekehrte diejenigen, die sie hineingebracht haben, als ihre Vorgesetzten wiederfinden. ...

Wiederum ist es seltsam aber wahr, daß die Gewerkschaftsbewegung, die Basis jeder demokratischen Erneuerung, nur unter größten Schwierigkeiten Boden gewinnt und sie die Briten nur auf lokaler Ebene operieren lassen.<<

19.05.1946

WBZ: General König (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) fordert am 19. Mai 1946 erneut die Eingliederung des Saargebietes in das französische Wirtschaftssystem (x111/-171).

22.05.1946

SBZ: Sämtliche mitteldeutschen Vereine (einschließlich Sportvereine) werden am 22. Mai 1946 aufgelöst, ihr Vermögen wird beschlagnahmt.

CSR: Karl Hermann Frank (1898 in Karlsbad geboren, stellvertretender Gauleiter des Sudetenlandes und stellvertretender Reichsprotektor) wird am 22. Mai 1946 in Prag öffentlich hingerichtet. Frank (seit 1943 unbegrenzter Machthaber im Protektorat Böhmen und Mähren) wird vor einer großen Zuschauermenge gehängt.

Frank, der mit seiner Familie am 9.05.1945 nach Pilsen geflüchtet war, wurde dort von den Nordamerikanern inhaftiert und später an die Tschechen ausgeliefert.

23.05.1946

Schweiz: Die westlichen Alliierten und die Schweizer Regierung schließen am 23. Mai 1946 ein Abkommen über die beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte.

Das gesamte beschlagnahmte NS-Vermögen soll aufgrund dieses Abkommens zwischen der

Schweiz und den Alliierten aufgeteilt werden (x111/172).

25.05.1946

WBZ: Die nordamerikanische Militärregierung stoppt am 25. Mai 1946 vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausbleiben (x101/13).

26.05.1946

Großbritannien: Der Londoner "Observer" warnt am 26. Mai 1946 vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der britischen Zone (x111/173): >>... Deutschland ist heute ein Land, wo alle fünf großen Übel – Mangel, Furcht, Schmutz, Untätigkeit, Unwissenheit – überhand nehmen.

Aber das Letztgenannte bringt die schwersten unmittelbaren Gefahren unter politischem Gesichtspunkt, und man empfindet, daß eine Umstellung der britischen Nachrichtenpolitik für Deutschland sogar dem so dringend erforderlichen Wechsel in der Wirtschaftspolitik noch vorangehen müsse.<<

27.05.1946

Schweiz: William E. Rappard (1883-1958, Mitglied der "Schweizer Reparationsdelegation") schreibt am 27. Mai 1946 über die Verhandlungen mit den westlichen Alliierten (x136/218-219): >>Ich weiß nicht, wie zukünftige Historiker unsere Verhandlungen, die wir nach ihren Instruktionen geführt haben, beurteilen werden.

Ich habe das Gefühl, sie werden versucht sein, uns zu gratulieren, daß wir uns, was das Gold anbetrifft, so gut aus der Affäre gezogen haben.

Dagegen glaube ich, sie werden weniger nachsichtig mit uns sein in der Sache der deutschen Guthaben, die wir mit den Siegern zu teilen uns bereit erklärt haben.

Um eine derartige Verletzung unserer Neutralitätstradition zu rechtfertigen und eine solche Mißachtung der bisherigen Völkerrechtsprinzipien, sollten sie der materiellen und moralischen Umstürze, die durch Hitler in der Welt provoziert worden sind, Rechnung tragen. ...

Bei ihrer Jagd auf die deutschen Guthaben in der Schweiz sind die Amerikaner manchmal von einem Geist beseelt, der nichts mehr zu tun hat mit ihrem Willen, Reparationen einzustecken, mit ihrer Angst vor dem militärischen Potential eines wiederauferstandenen Feindes, mit ihrer Antipathie für die Neutralen, mit ihrem Berufsstolz oder gar mit ihrem sportlichen Ehrgeiz, das letzte Wort zu behalten in ihrem Konflikt mit dem helvetisch-germanischen Arsène Lupin. Was wollen sie eigentlich?

Wollten sie nicht einfach einen störenden Konkurrenten schwächen oder gar ausschalten, ihn ersetzen?

Sie geben vor, den Tod des deutschen Sünders und seines schweizerischen Komplizen wegen deren vergangener Missetaten zu suchen.

Tatsächlich aber wollen sie deren Geheimnis entdecken und deren Erbschaft einstecken.<<

31.05.1946

Rumänien: Die rumänische Regierung beschließt am 31. Mai 1946 (x007/163E-164E): >>... **Entscheidung des Ministeriums für Ackerbau und Domänen vom 31. Mai 1946.**

Wir, der Staatssekretär beim Departement für Ackerbau und Domänen, entscheiden unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Gesetzes Nr. 187/1945 über die Verwirklichung der Agrarreform und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auf Grund der Auswirkung des Wiener Diktats und als Folge der militärischen Einwirkungen auf das Gebiet Rumäniens wie auch in Verbindung mit den aus politischen Gründen vor dem 23. August 1944 durchgeführten Deportierungen etliche Bürger Rumäniens gezwungen waren, zeitweise außerhalb der Landesgrenzen zu wohnen:

Art. 1. Als Absentisten im Sinne des Art. 3 Punkt d, jenes Gesetzes können nicht angesehen werden diejenigen,

- a) die ihren festen Wohnsitz in Nord-Siebenbürgen hatten, während ihre Besitzungen in einem anderen Teil des Landes gelegen sind;
- b) die nach dem Wiener Diktat aus dem unter der Souveränität des rumänischen Staates verbliebenen Gebiet nach Nord-Siebenbürgen gezogen sind;
- c) die nach dem Wiener Diktat aus dem unter der Souveränität des rumänischen Staates verbliebenen Gebiet nach Ungarn gezogen und nach der Befreiung in ihre Heimat zurückgekehrt sind oder deren Abwesenheit durch höhere Gewalt (Depotierte, Gefangene, Zwangsevakuierete) gerechtfertigt ist. Diese letzteren Kategorien können bei den Enteignungsverfahren von ihren Angehörigen in direkter oder Nebenverwandtschaft bis zum vierten Grad einschließlich vertreten werden.

Art. 2. Landwirtschaftliche Besitzer in Siebenbürgen und im Banat mit Besitzungen unter 10 Joch können nicht enteignet werden. Die auf Grund des Art. 3, Punkt c oder d, des Gesetzes bereits Enteigneten sind, wenn ihre Abwesenheit durch höhere Gewalt gerechtfertigt ist, auf dem Verwaltungsweg unmittelbar nach der Veröffentlichung dieser Entscheidung in ihre Rechte wieder einzusetzen.

Die Ernte des gemäß dieses Artikels zurückzuerstattenden Bodens wird von denjenigen geerntet, die gemäß Anweisung vom 28. Februar 1945, Buchstabe B, Punkt 21 die Saat durchgeführt haben.

Art. 3. Die Bestimmungen dieser Entscheidung sind ohne Rücksicht auf die Nationalität nicht anzuwenden auf:

- a) die in Art. 3, Punkt a, des Gesetzes Nr. 187 vom Jahre 1945 über die Durchführung der Agrarreform angeführten Staatsbürger;
- b) die in Art. 3 der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Agrarreform angeführten Kollaborateure mit Besitztümern über 10 Joch.

Der Tatbestand der Kollaboration wird durch die Agrarreformbezirkskommission auf Grund konkreter Tatsachen gemäß der in den Anweisungen Nr. 993 vom 18. Oktober 1945 enthaltenen, von der Agrarreformzentralcommission der Kreislandwirtschaftskammern erlassenen Richtlinien festgelegt.

Art. 4. In Ortschaften mit einer ansässigen gemischten Bevölkerung ist bei den Begüterungen das Verhältnis der Nationalitäten im Rahmen jeder Kategorie der Begüterungsberechtigten zu berücksichtigen.

Die gegen diesen Grundsatz durchgeführten Begüterungen sind durch die Definitivierungskommissionen zu revidieren. Die Bezirkskommissionen sind verpflichtet, den Anweisungen dieser Kommissionen Folge zu leisten.

Art. 5. Sämtliche Entschlüsse, Entscheidungen und Gutachten der Zentralkommission für die Agrarreform, wie überhaupt alle Verfügungen, die dieser Entscheidung entgegenstehen, sind vollrechtlich null und nichtig; ihre Nichtigkeit ist durch die örtlichen Begüterungsausschüsse von Amts wegen festzustellen oder aber auch in einem gesetzlich durch das Agrarreformgesetz vorgesehenen Verfahren anzufechten.

Art. 6. Die Anwendung der Verfügungen dieser Entscheidung ist für sämtliche Instanzen der Agrarreform sowie alle Verwaltungsinstanzen für den gemäß Beamtenkodex vorgesehenen Verwaltungsapparat verpflichtend, ebenso für die Mitglieder der Orts- wie auch Kreisausschüsse bindend.

Art. 7. Der Herr Direktor ... ist beauftragt, diese Entscheidung auszuführen.

Erlassen am 31. Mai 1946.

Für den Minister: Tr. Savulescu ...<<

Mai 1946

WBZ: In der US-Zone hungern die Deutschen weiterhin. Die Rationen sinken im Mai 1946 auf weniger als 1.200 Kalorien.

Im Mai 1946 macht vielerorts folgendes Gerücht die Runde (x114/2.166): >>Die Amerikaner beabsichtigen, die Deutschen auszuhungern. ...<<

Jugoslawien: Die Internierungslager Valpovo und Krndija werden im Mai 1946 geschlossen.

01.06.1946

WBZ: Am 1. Juni 1946 werden die Ausweisungstransporte der Ungarn-Deutschen von den Nordamerikanern gestoppt, weil Ungarn das beschlagnahmte Vermögen der Volksdeutschen auf seine Reparationsforderungen anrechnen will (x008/63E-64E).

Die "Bayerische Landeszeitung" gibt am 1. Juni 1946 folgende Warnung der US-Militärregierung bekannt (x114/2.92): >>Die Militärregierung weist die Zivilbevölkerung darauf hin, daß alle Personen, in deren Besitz sich Eigentum der alliierten Streitkräfte befindet, strengstens bestraft werden. ...

Geplünderte oder widerrechtlich erworbene und übermäßig verteilte Lebensmittel ... sind sofort zurückzufordern und sicherzustellen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. Juni 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/47): >>Neue, sehr willkommene Helfer sind in Friedland tätig. ...

Es sind Ordensschwwestern und Caritas-Helferinnen, geschickt vom Bischof in Hildesheim mit dem Auftrag, Not zu lindern, Elend zu mildern, wo immer es vorgefunden wird. Mit dem gleichen Anliegen hat die Innere Mission Diakone, Diakonissen und viele andere Gehilfen ... gesandt. Von diesen vielen Frauen und Männern, dazu der "Internationalen Gesellschaft für Frieden", der Heilsarmee und manchen anderen wurde und wird eine Arbeit geleistet, die bewundernswert ist.

... Sie schleppen die Kisten und Koffer, mühen sich ab mit den Kindern, trocknen Kleider und Schuhe für die Kranken, kümmern sich um die Schwachen, trösten die, die ohne Mut sind, scheuen weder Morast noch Regen – und wissen selbst kaum, wohin sie nachts ihr müdes Haupt betten sollen.

Es sind gute Menschen, die sich ihrer gequälten Brüder und Schwestern hier in Friedland annehmen.

In der Nissenhütte B 18 wird auch Gottesdienst gehalten. Für jeden, der daran teilnehmen möchte.<<

02.06.1946

Vatikan: Der Papst weist am 2. Juni 1946 "etwas verspätet" auf die Not der deutschen Kriegsgefangenen und Vertriebenen hin. Er fordert die sofortige Auflösung der Konzentrationslager (x039/230).

04.06.1946

SBZ: Ein Schulgesetz wird am 4. Juni 1946 erlassen, um die "Demokratisierung in den mitteldeutschen Schulen" durchzusetzen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Erziehungswesen" in der SBZ (x009/116-117): >>Die marxistisch-leninistische Pädagogik unterscheidet 2 Institutionen der "Erziehung" der heranwachsenden Jugend: Familie, Schule und Jugendorganisation.

Die Schule - insbesondere die "allgemeinbildende" im Unterschied zur "berufsbildenden" - gilt jedoch als die "Hauptkraft" der Erziehung. Die "FDJ", die "Jungen Pioniere" und die Familie sind verpflichtet, ihr "Hilfe" zu leisten. Der Einfluß der Familie ist - soweit er sich nicht gleichschalten ließ - trotz gegenteiliger Beteuerungen ständig zurückgedrängt worden.

... Das Erziehungswesen in der Bundesrepublik wird als eine von der Ideologie des Militarismus und Imperialismus durchdrungene Institution diffamiert, das öffentliche Erziehungswesen der SBZ dagegen als Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts und eines echten Humanismus hingestellt. ...

Der Aufbau des öffentlichen Erziehungswesens erfolgte nach 1945 unter der Parole "der all-

seitigen Demokratisierung", wobei vorgegeben wurde, in einer "demokratischen Schulreform" die schulpolitischen Kampfziele der Arbeiterbewegung und der "fortschrittlichsten Pädagogen des Bürgertums" zu verwirklichen.

Mit dieser Begründung wurde die relative Autonomie des überlieferten Erziehungswesens radikal beseitigt und das Schul- und Hochschulwesen in ein Instrument der kommunistischen Führung verwandelt, das von ihr bewußt als Mittel der "revolutionären Umgestaltung" gehandhabt wird. Sie orientierte sich dabei am sowjetischen Erziehungswesen und an der Sowjetpädagogik. ...

Die "demokratische Schulreform" begann mit der Zerschlagung der überlieferten Schulorganisation und mit deren Neugestaltung durch das "Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" (Sommer 1946).

Es schuf die Einheitsschule. Sie beseitigte den Parallelismus von Volksschule und höherer Schule und führte die radikale Trennung von Kirche und Schule durch, die später auch in der Verfassung der "DDR" verankert wurde. Die Schaffung der einheitlichen "deutschen demokratischen Schule" wird heute noch als Liquidierung des Bildungsprivilegs der alten besitzenden Klasse gefeiert.

Mit der traditionellen Schule wurden auch die Bedingungen der funktionalen Erziehung im Rahmen einer pluralistischen (vielfältigen) Gesellschaft zerstört.<<

05.06.1946

SBZ: Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gehen die SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über.

Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG werden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.

In Mitteldeutschland sind damals folgende Industriebetriebe betroffen (x111/289): >>Die Agfa-Filmfabrik in Wolfen (Kreis Bitterfeld); das Leuna-Werk (Ammoniakwerk Merseburg); die Buna-Werke in Schkopau (Kreis Merseburg); die Braunkohlen und Benzin AG (Brabag) in Zeitz; I.-G. Farben, Wolfen; I.-G. Farben Bitterfeld, Werk Nord, Süd und Kraftwerke; Kupfer- und Messingwerk in Hettstedt (Mansfelder Gebirgskreis); Eisen- und Hüttenwerk Thale (Harz); Dessauer Waggonfabrik AG in Dessau; Gottfried Lindner AG (Waggonfabrik) in Ammendorf bei Halle; Friedrich Krupp-Gruson Werke AG in Magdeburg; Halbwalzwerk, Klöcknerwerk in Ilseburg; Stickstoffwerke Piesteritz (Kreis Bitterfeld).<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG) in der SBZ (x009/396): >>1946 in der SBZ gegründete sowjetische Staatskonzerne, denen die nach dem SMAD-Befehl Nr. 167 beschlagnahmten deutschen Industriebetriebe angegliedert wurden. Ursprünglich gab es etwa 25 SAG mit 213 Einzelbetrieben. ...<<

WBZ: Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldet am 5. Juni 1946 aus Nürnberg (x043/209): >>... Das Kommando der amerikanischen ersten Division veröffentlichte ... einen Befehl an die Mannschaften, wonach den amerikanischen Soldaten untersagt sei, "öffentlich deutsche Mädchen zu umarmen und zu liebkosen". ...

Im Befehl heißt es u.a.: "Es ist einem Soldaten unwürdig, auf den Straßen mit Mädchen im Arm herumzuspazieren, sowie die Mädchen zu küssen, zu liebkosen und zärtlich zu werden."<<

06.06.1946

WBZ: Der US-Militärgouverneur unterzeichnet am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag" (CARE = "Cooperative for American Remittances to Europe"), so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen können (x175/425).

In den ersten 12 Monaten nach Aufnahme des Postverkehrs schickt man fast 11 Millionen CARE-Pakete aus Amerika, um die Nachkriegsnot in Europa und vor allem in Deutschland zu

lindern. Die CARE-Pakete werden durch den "Deutschen Zentralaussschuß für die Vereinigung ausländischer Liebesgaben" verteilt. Diese Hilfsmaßnahmen können die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket bringt den verzweifelten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die CARE-Hilfe für Deutschland (x051/99): >>CARE (englisch Fürsorge), Akronym für Cooperative for American Remittances to Europe (Vereinigung für amerikanische Hilfslieferungen nach Europa), 1946 in den USA gegründete Hilfsorganisation, die auf privater Basis zur Linderung der Nachkriegsnot in Europa, insbesondere in Deutschland beitrug.

Inbegriff der Hilfe waren die CARE-Pakete, die Angehörige, Freunde und Unbekannte für notleidende Europäer bei der CARE-Zentrale in New York in verschiedenen Ausführungen bestellen konnten (Baby-Ausstattungspaket, Kinder-Nahrungspaket, Fettpaket u.a.).

Die CARE-Sendungen für die Bundesrepublik wurden 1960 eingestellt; geschätzter Gesamtwert der CARE-Hilfe für Deutschland über 300 Millionen DM.<<

07.06.1946

WBZ: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 7. Juni 1946 über deutschlandpolitische Bekundungen des britischen Außenministers Ernest Bevin (x111/177): >>Bevin hat über Deutschland Worte gefunden, die uns freudig aufhorchen lassen.

Er hält daran fest, Deutschland als Ganzes zu behandeln, er behält das Ruhrgebiet als möglichen Föderativstaat Deutschlands im Auge, und vor allen Dingen sieht er im Ruhrgebiet nicht nur ein Potential des Krieges, sondern ein Potential des Friedens. ...

Bevin hat Worte des gesunden Menschenverstandes gesprochen, und wir können nur hoffen, daß seine Bemühungen um den Ausgleich des Westens mit dem slawischen Osten von Erfolg gekrönt sind.<<

08.06.1946

SBZ: Ein FDJ-Funktionär rechtfertigt am 8. Juni 1946 während einer Veranstaltung in Brandenburg an der Havel die Einbeziehung von christlichen Jugendlichen in die FDJ (x111/177): >>... Ihr seid ja dumm, wir müssen die Kirchen erst an uns ziehen, um so leichter können wir ihnen den Schnorchel umdrehen!<<

09.06.1946

SBZ: Der Zahnarzt Dr. B. berichtet am 9. Juni 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/-188-189): >>Mich wundert immer der Egoismus, der bei der älteren Generation durchbricht. Die Kinder verzichten eher als die Alten. Das ist völlig ungewohnt. Das Ideal der alten Generation hieß doch: Alles für die Kinder.

Man kann jetzt Studien treiben über die Entwicklung des menschlichen Charakters in Notzeiten. Bei den meisten geht die Politur ab.

... In den meisten Großstädten heißt es, soll es risikoreich sein, sich abends auf die Straße zu begeben, ohne Gefahr zu laufen, daß man ausgezogen wird oder ähnliches Ungemach über sich ergehen lassen muß. ...

Kein Mensch will heute etwas über den Krieg, KZs, Flucht und Vertreibung hören. Ich habe mir nicht einmal die Geschichte des letzten Jahres von meiner Mutter erzählen lassen. Mir wird physisch übel, wenn ich das Ungemach nochmals mündlich über mich ergehen lassen muß und nicht helfen kann (hinterher schon gar nicht).

Nach dem ersten Weltkrieg war das erste Buch darüber, das einschlug, Remarques "Im Westen nichts Neues". Aber da war dieser Krieg Gott sei Dank 11 Jahre vorbei.

Warum regt man sich über die KZs auf?

Ganz Deutschland ist heute ein KZ und an Scheußlichkeiten herrscht fürwahr nicht Mangel.

Man frage nur die Flüchtlinge. Man braucht sie nicht zu fragen, nur anzusehen. Himmel-

schreiend, was sie erdulden mußten. Sehr viele sterben. ...

Mich kann kein Partei- und Zeitungsgeschwätz mehr rühren. ...<<

10.06.1946

USA: Die "New York Times" schlägt am 10. Juni 1946 die Zersplitterung des Deutschen Reiches vor. Deutschland soll in 12 unabhängige Staaten geteilt werden, die wirtschaftlich eine Zollunion bilden (x111/178).

20.06.1946

WBZ: In Stuttgart wird am 20. Juni 1946 der "Deutsche Zentralaussschuß für die Verteilung ausländischer Liebesgaben" ("CARE-Pakete") eingerichtet.

Die aus Nordamerika kommenden CARE-Pakete enthalten damals etwa 40.000 Kalorien Nährwert (x111/182): >>8,8 Pfund Fleisch, 5,8 Pfund Nahrungsmittel und Kekse, 3,5 Pfund Zucker und Schokolade, 3,2 Pfund Marmelade und Pudding, 2 Pfund Gemüse, 1 Pfund Kakao, Kaffee und Getränkepulver, 350 g Milch, 200 g Butter und 200 g Käse.<<

24.06.1946

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 24. Juni bis zum 21. Juli 1946 täglich nur 1.065 bzw. 1.286 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Vatikan: Papst Pius XII. ernennt den "umgesiedelten" Bischof von Ermland, Maximilian Kaller (1880-1947), am 24. Juni 1946 zum "Flüchtlingsbischof der Deutschen".

Der Augustinerpater Dr. Paulus Sladek (1908-2002) berichtet damals über die besonders schwierige Seelsorge für die Vertriebenen (x024/221): >>... Ein Predigerwort, das nur die religiöse Verbrämung eines materiell gesicherten Lebens ist, reicht nicht bis in den Abgrund der Verzweiflung, in den heute viele geworfen sind. Den existenzlosen Massen kommt es heute oft vor, als stünde der Priester weit entfernt von ihnen auf einer sicheren Brücke und mahnte sie, die Gebote Gottes zu beachten, während sie mitten in einem dahintossenden Strom um ihr nacktes Leben kämpfen müssen.

Nur ein Priester, der selbst erschüttert und unruhig geworden ist durch das unsägliches Leid unserer Zeit, vermag die Heimatlosen nicht nur zu trösten, sondern auch zurechtzuweisen. Er wird allerdings dann auch die Besitzenden aus ihrer ichtsüchtigen Verblendung aufzuwecken trachten und sich nicht davor scheuen, bei ihnen Anstoß zu erregen.<<

26.06.1946

USA: Robert H. Jackson (1892-1954, US-Hauptanklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen) erklärt am 26. Juli 1946 (x353/58): >>... Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind. Als ein Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der alliierten Nationen dar.<<

27.06.1946

UdSSR: Das Exekutivbüro des Weltgewerkschaftsbundes fordert am 27. Juni 1946 in Moskau (x111/184): >>... In allen Okkupationszonen Deutschlands soll die freie Entwicklung der demokratischen Gewerkschaftsbewegungen gesichert werden. ...

Die deutschen Gewerkschaften haben ein besonderes Augenmerk der Umerziehung und Demokratisierung der deutschen Jugend zuzuwenden.<<

28.06.1946

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 28. Juni 1946 (x114/2.152): >>... Wegen eines Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung ist der Umfang der in München erscheinenden "Süddeutschen Zeitung" für die Dauer eines Monats von den üblichen 6 Seiten auf 4 Seiten pro Nummer beschränkt worden.

In ihrer Ausgabe vom 4. Juni hatte die "Süddeutsche Zeitung" unter dem Titel "Sie ernten den Haß" einen Titel veröffentlicht, der die Ausweisungsmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutsche scharf kritisiert.

Dieser Artikel stellt einen Verstoß gegen die Anordnung der Militärregierung dar, die lizenzierten Zeitungen Kritik an alliierten Regierungen verbietet.

In einem Brief an die Lizenzträger der "Süddeutschen Zeitung", in dem der Verleger und die verantwortlichen Redakteure darauf aufmerksam gemacht wurden, daß weitere Verstöße gegen Direktiven der Militärregierung zur Suspendierung der Zeitung oder zum Entzug der Lizenz führen, erklärte Oberst Bernhard B. McMahon, der Chef der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung für Bayern:

"Die deutschen Lizenzzeitungen in der amerikanischen Zone unterliegen keiner Zensur, doch werden sie für ihre Veröffentlichungen verantwortlich gemacht. Die Verleger haben Anordnungen erhalten, die jede Kritik an der Militärregierung, an alliierten Mächten oder an den Vereinten Nationen ausdrücklich verbieten".

Die Redakteure der "Süddeutschen Zeitung" waren sich im klaren, daß ihr Angriff gegen die tschechoslowakische Regierung einen zusätzlichen Verstoß gegen diese Anordnung darstellte.<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtet später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.

Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen an-erzogen ist:

Christian Morgenstern hat darauf eine glänzende Satire geschrieben. In seinem Gedicht geht ein solider Bürger namens Palmström eine Straße entlang, als er von einem Auto angefahren wird. Verletzt und halb bewußtlos wankt Palmström nach Hause und fragt sich, was da eigentlich passiert sei. In feuchte Umschläge gehüllt, studiert er seine Gesetzbücher und entdeckt, daß Autos in jener Straße gar nicht fahren dürfen. Palmström gelangt daher zu der Überzeugung, daß er keineswegs von einem Auto angefahren worden sei, "denn nicht sein kann, was nicht sein darf". Er redet sich ein, daß es alles nur ein Traum war.

So glaubten die verwundeten Deutschen, überzeugt wie wir, daß wir solche Dinge nie und nimmer tun könnten, ebenso fest wie wir, daß wir solche Dinge auch nie getan hätten.

... Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<

29.06.1946

Großbritannien: Der Erzbischof von Canterbury kritisiert am 29. Juni 1946 die ungenügende Versorgung der deutschen Bevölkerung (x111/185): >>... Die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Deutschland, die eine steigende Verzweiflung erzeugt, muß durch eine klare Politik konstruktiver Hoffnung aufgehalten werden, ehe es zu spät ist.<<

30.06.1946

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 30. Juni 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/35-38,46-47): >>Ende Juni 1946. Die organisierten Deportationen "nehmen ihren Fortgang", heißt es in einem Bericht. Man nennt das jetzt "Transporte". ...

Jeden Morgen sammeln sie sich "drüben" vor dem Schlagbaum beim sowjetischen Kontrollpunkt. Warten darauf, bis genügend Leidensgenossen zusammen sind, um einen "Schub" zu

bilden. Dann drückt der Posten den Schlagbaum hoch und der Marsch ins Niemandsland zwischen den Demarkationslinien beginnt. ...

Längst sind die Kolonnen, die sich dann langsam und mühevoll zum englischen Schlagbaum bewegen, zum gewohnten Bild geworden. Wer da ankommt mit Sack und Pack, alte Mütterchen und blutjunge Frauen, Greise und Halbwüchsige, ... Kinder mit dem Schulranzen auf dem Rücken und Säuglinge in arg mitgenommenen Kinderwagen, Kriegsversehrte und Kranke, Menschen, die das Leben vor sich haben und solche, die sich kaum noch die Mühe nehmen, zurückzuschauen - wer da ankommt mit langsamen, müden Schritten, erwartet nicht, ein herzliches "Willkommen" zu hören.

Denn diese Menschen sind es gewohnt, als nicht besonders willkommen angesehen zu werden. Sie mußten es lernen, als "Last" zu gelten, die man am liebsten schnell und vollständig abschütteln möchte. ...

Denn, die da ankamen, die besaßen nichts mehr außer dem, was sie auf dem Leibe trugen oder auf Handkarren, Leiterwagen oder im Koffer noch geborgen hatten. Etwas Wäsche, vielleicht ein Kleid, ein Paar Schuhe, die Decke, oft gebraucht und schadhaft, einen Mantel für das Kind oder den Pullover für den Mann, der doch irgendwann einmal wieder zurückkommen würde – Habseligkeiten, in der Eile gepackt, ohne viel Überlegung zusammengerafft. So vieles mußte man zurücklassen, Wertvolles, Wichtiges, Unersetzliches.

Und wie sollte man mit dem Bündel da ein neues Leben anfangen? Bei fremden Leuten, in einem fremden Hause, ohne Bett, ohne Stuhl und ohne Kochtopf? Wovon sollte die Familie leben? Wer würde für sie sorgen - da doch alles, alles dahin war, der Staat zusammengebrochen ...<<

>>... Vor den deutschen Verwaltungsstellen, die nur beschränkte Vollmachten haben, liegt eine schwere Aufgabe und noch eine größere Verantwortung. Sie müssen versuchen, eine gewisse Ordnung in diesen Menschenwirbel zu bringen. ...

Die Verkehrswege sind noch immer stark zerstört. Es fehlt an Nahrungsmitteln und Brennstoffen. ... Das Geld sinkt immer mehr im Ansehen. Es wird nur Ware gegen Ware getauscht. Die alliierte Politik läßt eine gleichmäßige Verteilung der hereinflutenden Menschen nicht zu. In der britischen Zone haben die Offiziere der Besatzungsmacht etwas zu sagen. Die Amerikaner haben in ihrer Zone deutsche Stellen mit der Aufteilung beauftragt. Für Flüchtlinge verschlossen ist die französische Zone. Dort wird niemand aufgenommen.

Landräte und Bürgermeister der Kreise und Gemeinden, denen Flüchtlingstransporte "zuteilt" werden, haben die Hauptlast der Unterbringung und Versorgung zu tragen. Weil die Dörfer im Gegensatz zu den Städten die wenigsten Schäden an den Häusern davontrugen, werden die Massen der täglich eintreffenden Menschen dorthin gelenkt.

Kommt der Transport im Dorf an, wird er zunächst kopfmäßig gezählt, dann werden Zimmer beschlagnahmt, um die Familien überhaupt erst einmal unterzubringen. Aber was geschieht dann?

Wo soll die Bekleidung, wo sollen Öfen, Herde, Schuhe, Decken, Betten, Einrichtungsgegenstände, ... Brennholz hergezaubert werden?

Die Zahl der Flüchtlinge, die in den Westzonen untergebracht werden muß, entspricht etwa der Gesamteinwohnerschaft Skandinaviens oder Hollands. Manche kleinen Gemeinden verdoppeln ihre Einwohnerzahl in wenigen Monaten.

Ohne die Disziplin der Vertriebenen, der bewundernswerten Bescheidenheit dieser Menschen, jedoch auch dem guten Willen der einheimischen Bevölkerung, zu helfen, müßte es zu einer Katastrophe kommen.

Doch die Deutschen haben gelernt, geduldig die harte Faust des Schicksals zu ertragen. Und sie schlägt noch immer zu. ...<<

Polen: Die polnische Regierung läßt am 30. Juni 1946 eine Volksabstimmung über die Oder-

Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze durchführen. Etwa 10,5 Millionen Wähler stimmen mit "Ja" für diese Grenzfestlegung, während rund eine Million Wähler diese "neue Grenze" ablehnen (x064/170).

Juni 1946

WBZ: Die "Stuttgarter Zeitung" berichtet im Juni 1946 über das "Hamstern" auf dem Lande (x117/40): >>... Quer durch die britisch besetzte Zone Deutschlands ... geht seit vielen Wochen ein seltsamer Zug vor sich, der in seiner Unbeirrbarkeit an die Gesetzmäßigkeit des Vogelzuges erinnert. Auch die Menschen, die hier ziehen, folgen einem Gesetz: dem des Hungers und der Not.

Eigentlich "steigt" man nicht in den Zug. Man stürmt den Zug. Viele Hunderte warten bereits 2 und 3 Stunden vor der Abfahrtszeit auf dem Endbahnhof, in dem der Zug eingesetzt wird. Sie springen auf die Trittbretter, hängen sich an die Türgriffe, erobern sich einen Platz.

Sie sind rücksichtslos und haben verschlossene Gesichter. Menschen, die sonst teilnehmend sein können, werden brutal.

Es ist eine Vision, die sie treibt. In ihrer Vorstellung entsteht ein Bild: Sie sehen sich selbst mit leerem Rucksack heimkommen. Hoffnungsvoll blicken ihnen Kinderaugen entgegen, über die jähe Enttäuschung fällt. ...

So fahren sie und ihr Ziel ist die Gegend zwischen Celle und Lüneburg. Sie stehen viele Stunden im rüttelnden Zug, sie übernachten in Wartesälen, bleiben 36, 48 und mehr Stunden ohne Schlaf, sie kommen tagelang nicht aus den Kleidern, sie müssen Stolz und Scham niederzwingen, wenn sie von Hof zu Hof gehen, und sie fühlen sich mit ihren Kartoffeln nicht sicher, ehe sich die Wohnungstür hinter ihnen geschlossen hat.

Die Kartoffeltrecks überschneiden sich: Aus dem Industriegebiet kommen sie herauf bis Celle und Uelzen, von Schleswig-Holstein fahren sie bis Uelzen und Celle. Sie berichten einander und manches verschweigen sie voreinander, denn sie sind zugleich Kameraden und Konkurrenten.<<

UdSSR: Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtet über einen gescheiterten Fluchtversuch aus dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Saransk an der mittleren Wolga im Juni 1946 (x130/281): >>... Um drei Uhr wird zur Zählung gepfiffen. Wir stehen bis 6 Uhr, ohne daß gezählt wird.

Zwei Offiziere sind ausgekniffen. Bald erfahren wir, daß der eine, ein Sudetendeutscher, erschossen zwischen den Drähten liegt. Der andere, ein Oberstleutnant, ist einen Kilometer vom Lager entfernt niedergeknallt worden. Ihre Fluchtvorbereitungen sind verraten worden.

Der Verräter wird kaltblütig sich an Brot und Tabak laben.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die systematische Bespitzelung in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/281-282): >>Die Bespitzelung stellte neben Hunger und schwerer Arbeit wohl die stärkste seelische Belastung für viele dar. Denn die Tatsache, daß man seinem Nachbarn nicht mehr trauen konnte, wog schwerer als manche Entbehrungen. ...

Jedes totalitäre System arbeitet mit Spitzeln, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Sowjets waren deshalb bemüht, auch unter den Kriegsgefangenen ein schlagkräftiges Spitzelsystem einzurichten.

Die deutschen Kriegsgefangenen waren auf das Spitzelwesen nicht vorbereitet: Sie dachten gar nicht an die Möglichkeit des Einsatzes von Spitzeln; man rechnete weder damit, daß sich aus den eigenen Reihen Leute dafür hergeben würden, noch konnte man sich vorstellen, welchen Zweck die Gewahrsamsmacht damit verfolgen könnte. ... Überhaupt nicht rechnete man damit, daß planmäßig Material für Verurteilungen gesammelt wurde.

Was hat der deutsche Soldat schon von Spitzeln gewußt? So etwas kannte man vom Hörensagen, ... vielleicht noch aus Flüsterwitzen über die Gestapo, das war aber auch alles. Daß ein

System daraus gemacht werden konnte, daß in jeder Stube, in jeder Arbeitsbrigade, in jedem offiziellen, ja jedem inoffiziellen Zirkel mindestens ein Mann war – oder jedenfalls sein sollte –, der die Sowjets über alles und jedes unterrichtete, das lernte man erst durch bittere Erfahrungen. ...

Die Tatsache, daß der deutsche Soldat nichts von Spitzeln wußte und der deutsche Offizier Spitzel verabscheute – er hätte sie nie in seiner Einheit geduldet –, schützte nicht etwa den deutschen Kriegsgefangenen vor Spitzeln, sondern machte ihn zunächst hilflos. ...

Nur ganz allmählich lernten die Kriegsgefangenen, sich vor Spitzeln zu schützen: passiv durch Vorsicht bei Gesprächen, aktiv – und das nur in wenigen Fällen – durch Selbstjustiz.

Die Gefangenen in den Lagern waren ohnmächtig gegen Spitzeltum und Verrat. Sie mußten schwere Strafen der Russen fürchten, hätten sie Spitzel verprügelt oder gar erschlagen. ...<<

Schweiz: Die "Schweizer Illustrierte Zeitung" berichtet im Juni 1946 über den Hunger in Gelsenkirchen (x117/30): >>Die tägliche Ration beträgt für (den Industriearbeiter) B. zurzeit 950 Kalorien. Sein Mittagmahl ... besteht aus einer fettreichen Erbsensuppe.

Ein amerikanischer Experte, der einen Monat von dieser Ration lebte, nahm 25 Pfund ab. ...<<